

# SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/117  
22. Juni 1973

Dank und Verehrung für Jeannette Wolff

---

Einer außergewöhnlichen Frau zum 85. Geburtstag

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 25 Zeilen

Reform der Bodenordnung - eine dringende Aufgabe

---

Nicht das Feld den Eigentumsfetischisten und Demagogen überlassen

Von Albert Osswald  
Ministerpräsident von Hessen und Vorsitzender  
des SPD-Landesvorstandes Hessen

Seite 2 bis 4 / 98 Zeilen

Wo bleibt der Druck der Verbraucher?

---

Reformen "von oben" können allein nicht helfen

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucher-  
politik der SPD-Fraktion

Seite 5 und 6 / 69 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredaktion: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5000 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 + 38  
Telefax: 656 846 / 656 347  
865 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Dank und Verehrung für Jeannette Wolff

Einer außergewöhnlichen Frau zum 85. Geburtstag

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Jeannette Wolff, die ihren 85. Geburtstag feiert, ist eine außergewöhnliche Frau. Aufgewachsen in einer Zeit, in der sich nur wenige Frauen politisch engagierten, wurde Jeannette Wolff mit 18 Jahren Sozialdemokratin. Bald war sie Referentin auf Orts-, dann Bezirks- und Reichsebene. Sie wirkte als Stadtverordnete in ihrer Heimatstadt Bocholt, als Vorstandsmitglied des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, in leitender Funktion jüdischer Organisationen. Diese vielfältigen öffentlichen Aufgaben erfüllte Jeannette Wolff als Mutter von drei Kindern.

Wegen ihrer politischen Gesinnung und ihres Glaubens wurde Jeannette Wolff 1933 inhaftiert, die Familie deportiert. Ihren Mann und zwei Töchter haben die Nazis ermordet.

Nach Befreiung aus dem Konzentrationslager setzte Jeannette Wolff mit starker Willenskraft ihre politische Arbeit in Berlin fort. Sie wurde Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und dann 1952 Mitglied des Deutschen Bundestages. Als Parlamentarierin setzte sich Jeannette Wolff nachdrücklich und erfolgreich nicht nur für die Rechte der Verfolgten, sondern aller Benachteiligten ein.

Als Jeannette Wolff 1961 nicht mehr für den Bundestag kandidierte, zog sie sich nicht etwa in den Ruhestand zurück. Die Stadtälteste von Berlin arbeitet noch heute mit ungebrochener Vitalität ehrenamtlich zum Wohle ihrer Mitmenschen. Dafür Jeannette Wolff Dank und Verehrung. (-/22.6.1973/bgy/ex)

+ + +

Reform der Bodenordnung - eine dringende Aufgabe

Nicht das Feld den Eigentumsfetischisten und Demagogen überlassen

Von Albert Osswald

Ministerpräsident von Hessen und  
Vorsitzender des SPD-Landesvorstandes Hessen

Zu den Beschlüssen des SPD-Parteitag von Hannover, die für unser Land von überragender Bedeutung sind, zählen die Vorschläge zur Bodenrechtsreform. Schon heute ist abzusehen, daß die Diskussion dieses Themas mit dem Delegiertenvotum nicht beendet ist; insbesondere nicht in Hessen, wo im nächstjährigen Landtagswahlkampf auch über Boden und Eigentum gesprochen werden muß.

Die Ausgangslage ist klar. Dem Wohnungsmangel und dem noch immer zu geringen Angebot an preiswürdigen Wohnungen in Ballungsgebieten steht die systematische Vernichtung von Wohnraum aus Spekulationsinteressen gegenüber. Wohnhäuser, ganze Straßenzüge und Wohnviertel werden "verslumpt", unter dem Vorwand der Unbewohnbarkeit abgerissen und weichen schließlich lukrativen Neubauten, die Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit fette Renditen verschaffen. Auch in kleineren Gemeinden werden Schulbauten und Sozial-einrichtungen durch wucherische Bodenpreisforderungen be- und verhindert. Und - dies als letztes Beispiel - in wenigen Teilen der Bundesrepublik dürften so viele unangeschlossene Brücken in der freien Landschaft stehen wie im Rhein-Main-Gebiet. Die Straßen, die über diese Brücken führen sollen, konnten bisher nicht gebaut werden, weil die Grundeigentümer glauben, ihren Preispokal noch nicht ausgereizt zu haben.

Diese unexträgliche Situation soll durch die Beschlüsse zur Bodenrechtsreform beseitigt - zumindest aber gemildert werden.

Die von den Delegierten des Bundesparteitages formulierte Bodenrechtspolitik geht von einem 3-Stufen-Zeitplan aus. Kurzfristig wird eine Verbesserung der gemeindlichen Planungsmöglichkeiten angestrebt. Diese noch in dieser Legislaturperiode zu über-

schreitende erste Stufe umfaßt unter anderen folgende Punkte:

- Die Gemeinden erhalten das Recht, die Nutzung der Baugrundstücke detaillierter festzulegen als bisher. So können Grundeigentümer z.B. verpflichtet werden, nicht nur den reinen Wohnraum zu schaffen, sondern durch Einrichtungen für die Allgemeinheit auch zu einem humaneren und qualitativ höherstehenden Leben beizutragen.

- Die Gemeinde kann Baugebote aussprechen, mit denen die Bodenhortung aus spekulativen Gründen verhindert werden soll. Wer diesen Geboten nicht entspricht, kann enteignet werden.

- Eine Verslumung soll durch Modernisierungsverpflichtungen und Abbruchverbote aus sozialen Gründen (Erhalt billiger Wohnungen) verhindert werden.

- Enteignungsverfahren können bereits nach beschlossener Bebauungsplan eingeleitet werden.

- Es wird ein Planungswertausgleich eingeführt, der Wertsteigerungen abschöpft, die aufgrund der gemeindlichen Bauplanungen entstanden sind.

Mittelfristig - also nicht mehr in der 7. Legislaturperiode - haben die Delegierten die Einführung einer Bodenwert-Zuwachsteuer vorgesehen. Es ist in den vergangenen Monaten und Jahren klar geworden: diese Steuer wird von allen, die "spekulativ in Grundbesitz engagiert sind" (man kann für diese Leute auch härtere Worte benutzen!) und ihren Sprechern in den C-Parteien, mit allen Mitteln bekämpft werden. Um diese Interessenten ein Argument schon vorweg zu entkräften, müssen wir in der Auseinandersetzung von Anfang an darauf hinweisen, daß eigengenutzte Eigenheime, Eigentumswohnungen, Miethäuser und landwirtschaftliche Flächen von dieser Steuer ausgenommen sind.

Also: Kein Sozialdemokrat will der "Oma ihr klein Häuschen" wegsteuern oder die Bauern kalt enteignen. Außerdem sieht die

Wertzuwachssteuer großzügig bemessene Freibeträge und Freigrenzen vor (Freibeträge fünf vom 100 pro Jahr, Freigrenzen bei Alleinstehenden 5.000 DM, bei Verheirateten 10.000 DM, pro Kind 2.500 DM). Je nach Gewinn wird der Steuersatz zwischen 20 und 60 vH. liegen. Der Wert des Bodens soll vom Besitzer selbst festgelegt werden: er wird schon ehrlich schätzen - denn der von ihm genannte Wert bildet z.B. auch die Grundlage für eine mögliche Enteignungsentschädigung.

Die wichtigste und letzte Stufe auf dem Weg zu einer neuen Bodenordnung ist das von den Delegierten definierte Ziel: Eigentum an Boden soll nur noch Rechte und Befugnisse umfassen, die nicht gegen die Sozialverpflichtung des Eigentums verstoßen. Inhaltlich bedeutet dies z.B., daß das freie Verfügungseigentum über Boden in Ballungsgebieten allein den Gemeinden zusteht. Die Kommunen vergeben nur noch Nutzungseigentum (Erbbaurecht) im Wege öffentlicher Ausschreibungen und haben das Recht, diese Eigentumsform mit Auflagen zu versehen. Argumentativ wichtig auch hier: Eigenheime, Eigentumswohnungen und landwirtschaftliche Flächen bleiben Volleigentum.

Zu dieser erst langfristig greifenden Forderung gibt es eine Reihe von Modellen - sie sind nicht ausdiskutiert. Darum wäre es sinnvoll, wenn die Unterbezirkliche Ausschüsse bildeten, in denen Vorschläge für eine neue Bodenrechtsform erarbeitet werden. Kommunalpolitiker sollten hier u.a. mit der ASJ zusammenwirken. Die Ergebnisse können dann auf Bezirksebene zusammengefaßt, endgültig formuliert, beschlossen und in den zu diesem Problem stattfindenden Bundesparteitag eingebracht werden.

Im Jahr vor einem Landtagswahlkampf, der sicher kein Spaziergang wird, scheint es mir wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Bodenrechtsbeschlüsse und -anregungen von Hannover ihre Intention verfehlen, wenn sie nicht Gemeingut der Partei auf allen Ebenen werden. Nur dann können wir bereits in der Vorphase des Wahlkampfes die Bevölkerung immer wieder auf die unhaltbaren Zustände hinweisen und - was wichtiger ist - unsere Lösungsvorschläge plausibel erklären. Wenn es nicht gelingt, der Bürger auf diesem bedeutenden Teilgebiet sozialdemokratischer Politik durch Information und Diskussion zu überzeugen, müssen wir das Feld den Eigentumsfetischisten und Demagogen überlassen - und dies hieße dort verlieren, wo wir allen anderen Gruppen und Parteien programmatisch und argumentativ überlegen sind. (-/22.6.1973/ks/ex)

Wo bleibt der Druck der Verbraucher?

Reformen "von oben" können allein nicht helfen

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Fraktion

Was eine kleine Gruppe entschlossener Unzufriedener durch gezieltes Handeln erreichen kann, erleben wir gegenwärtig am go-slow der Fluglotsen: Die Lufthansa erleidet finanzielle Einbußen, die Urlauber ärgern sich, und selbst Bundestagsabgeordnete fahren plötzlich wieder Eisenbahn.

Was eine Anzahl unentschlossener Unzufriedener durch ungezieltes Handeln nicht erreicht, erleben wir ebenfalls täglich - auf dem Gebiet der Verbraucherpolitik: Die Lebensmittelpreise stiegen im Laufe eines Jahres um über elf vH. (selbst Überschussprodukte wurden teurer!); Hormon- oder Giftrückstände in Fleisch, Gemüse oder Obst sind kaum völlig zu unterbinden; Geschäftsbedingungen, Versicherungsverträge und Werbepraktiken übervorteilen den Einzelnen zugunsten institutionalisierter Macht in Verbänden und Organisationen.

Es gibt kaum ein Gebiet, auf dem die unkritische individuelle Anpassung an gesellschaftliche Normen so schweren Schaden stiftet wie das der Verbraucherpolitik. Nehmen wir einmal Möglichkeiten der Preiskontrolle: Sie wird vom Verbraucher kaum ausgeübt. Der durchschnittliche Verbraucher als guter Bürger, der er ist, ißt sonntags seinen Braten, ganz gleich was er kostet, und dabei "dürfen's auch ruhig mal 100 Gramm mehr sein". Er pflegt sein Auto, das doch aufs Verrotten hin gebaut ist, liebevoll mit X-Rostschutz und Y-Lack. Die gute Bürgerin wäscht mit überreichlich Waschpulver superweiß, spült flauschig weich und geht gegen ihr schlechtes Gewissen, etwa keine gute Hausfrau zu sein, mit unbedachtem Konsum an. Psychologisch wohl dosierte Werbetricks verfangen umso besser, je weniger die Menschen zur Kritik und zum Widerstand erzogen wurden. Freiskontrolle geschieht bestenfalls "von oben": Durch den Wettbewerb der Erzeuger im Rahmen der freien Marktwirtschaft, durch das Bundeskartellamt, das verschärfte Kon-

trolle der Preisempfehlungen ausübt und durch die Aufhebung der Preisbindung im neuen Kartellgesetz.

Was Wunder, daß die Hersteller von Joghurt oder Bier, von Freizeitkleidung oder Autos den Markt der unkritischen Käufer nehmen, wie er ist, und ihre Preiskalkulationen großzügig bemessen. Schließlich weiß man ja, daß alles teurer wird, und schuldig dran ist immer der andere!

Die Notwendigkeit verbesserten Verbraucherschutzes wird gleichfalls von den Betroffenen selten mit allen Konsequenzen solidarischer Aktionen wahrgenommen. Wer kämpft schon gegen Marktplätze im Verkehrsgewühl, die lauter bleiangerichtete Ware feilhalten? Wer rührt sich, wenn kosmetische Produkte oder wenn Kalbfleisch nicht nur unschädliche Bestandteile enthalten? Auch Verbraucherschutz wird fast nur "von oben" betrieben: durch ein neues Meß- und Eichgesetz und durch die anstehende wichtige Reform des Lebens- und Arzneimittelrechtes.

Schließlich die Rechtsstellung des Verbrauchers: Da gibt es zwar viele traurige Einzelfälle betrogener Käufer bei Kaffeefahrten oder Abzahlungsgeschäften, da gibt es Prozesse um Haftung oder Schadenersatz bei Auto- oder Wohnungskäufen - da gibt es aber nicht die solidarischen Protestaktionen der rechtlich schwachen Verbraucher gegen die Macht der Verbände. Auch hier kommt die Reform von oben. Das Abzahlungsgesetz beschäftigt nach der ersten Lesung bereits den zuständigen Ausschuß, die Reform der allgemeinen Geschäftsbedingungen wird vorbereitet.

Die SPD-Fraktion hat sich zum Ziel gesetzt, alle verbraucherpolitischen Aktivitäten in einer eigenen Arbeitsgruppe zusammenlaufen zu lassen und zu koordinieren. Diese Arbeitsgruppe soll außerdem von sich aus Initiativen zu weiteren möglichen Verbesserungen ergreifen. Dieser Vorstoß ist sehr zu begrüßen. Er wird allerdings nur dann so erfolgreich sein, wie man dies wünschen möchte, wenn die Verbraucher selbst ihre Interessen besser wahrnehmen, als das zur Zeit der Fall ist.

Reformen "von oben" mögen bis zu einem gewissen Grade vertretbar sein; demokratischer und wirkungsvoller werden sie, wenn sie von breiten Schichten der Bevölkerung gewollt und getragen werden. Hierzu müssen Fritz und Lieschen Müller noch an sich arbeiten.

(-/ 22.6.1973/bgy/ex)